

Die Linke und Europa - eine zerbrechliche Leidenschaft

Detlef Clemens, geb. 1962 in Eschweiler/Rheinland, Studium der Politischen Wissenschaft, Philosophie und Geschichte, arbeitet zur Zeit an einer Dissertation über die Nahostpolitik der SPD.

Die SPD - zumindest ein Teil von ihr - kokettiert mit Eurosklerose. Zwar ist die Partei, die sich bereits auf ihrem Heidelberger Parteitag 1925 für einen europäischen Bundesstaat ausgesprochen hat, nach wie vor ein überzeugter Anhänger des europäischen Integrationsprozesses, aber kein *überzeugender*.

Eine Majorisierung durch Euroskeptiker scheint gegenwärtig unwahrscheinlich - jedoch brachte nicht nur der Landtagswahlkampf der SPD in Baden-Württemberg zu Beginn des Jahres 1996 zum Vorschein, daß die Partei gegen bestimmte Argumentationsmuster nicht mehr immun ist. Ein Wegbrechen der Parteibasis von der Parteispitze - wie etwa seinerzeit im Fall des NATO-Nachrüstungsbeschlusses - kann nicht ganz ausgeschlossen werden, mit möglicherweise weitreichenden Folgen für die europäische Integration. Das um so mehr, als auf Seiten der Linken, besonders bei der PDS, bestimmte Argumentationsmuster entwickelt werden, die scheinbar leicht nachvollziehbar und plausibel, jedenfalls aber populär bis populistisch sind.

Der vorliegende Beitrag soll Stereotypen nachzeichnen, die die im Vordergrund stehende Europhilie der Linken aushöhlen können. Die Kritik der PDS richtet sich zum einen gegen die Außenpolitik der Bundesrepublik, zum anderen gegen die europäische Integration. Beide Momente münden darin, daß der Bundesrepublik vorgeworfen wird, Europa nach ihren Vorstellungen machtpolitisch, ohne Rücksicht auf die Empfindlichkeiten anderer Staaten formen zu wollen.

Konsens in den Kernfragen der Außenpolitik

Parteien formen die öffentliche Meinung und reflektieren sie zugleich (M. Duverger). Im Bereich der Außenpolitik ist die Funktion der Erzeugung und Beeinflussung der öffentlichen Meinung größer als die Funktion der Transmitter.¹ Ein weitgehender allgemeiner Konsens in der Bevölkerung förderte die außenpolitischen Richtungsentscheidungen der Bundesrepublik, Westintegration und Ostpolitik ließen sich sogar gegen die jeweilige oppositionelle Volkspartei realisieren, ohne daß das Parteiensystem tangiert wurde. Kleinere Parteien mit eigenen außenpolitischen Schwerpunkten (Gesamtdeutsche Volkspartei, BHE, KPD, Europäische Föderalistische Partei) wurden von den Volksparteien absorbiert.²

Heute herrscht in der Bundesrepublik weitgehend ein zwischenparteilicher Konsens hinsichtlich der Außenpolitik. Militärische Integration in die NATO, Weiterentwicklung der WEU, die Beteiligung an UNO-Einsätzen, der Ausbau der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten, die Beziehungen zu den wichtigsten Partnerländern USA, Frankreich, Großbritannien, selbst die Entwicklungspolitik, lange Zeit das Steckenpferd der außenpolitisch interessierten Linken, sind heute weitgehend dem Parteienstreit entzogen. Die Übereinstimmung mit den Grundtendenzen der Außenpolitik Kohls hat die SPD unlängst wiederholt. Bei den Grünen ist der Prozeß der Annäherung an eine Politik realistischer bzw. neorealistischer Schule im vollen Gange, wenn auch noch nicht abgeschlossen. Einzig die PDS, die in den neuen Bundesländern beinahe jede fünfte Wählerstimme gewinnen konnte steht mit ihren Vorstellungen außerhalb des Konsenses. Als Achillesferse der bundesdeutschen Außenpolitik hat die PDS die europäische Integrationspolitik ausgemacht - sie ist zugleich ihr wichtigstes außenpolitisches Thema.

Hinsichtlich der geplanten Währungsunion besteht eine Tendenz in der bundesrepublikanischen Bevölkerung, die sich im Parteiensystem nicht wiederfindet. In einer

1 Frank Pfetsch, *West Germany: Internal Structures and External Relations*, New York 1988, S. 38.

2 Richard Stöss, *Struktur und Entwicklung des Parteiensystems der Bundesrepublik - Eine Theorie*, in: *Parteiensystemhandbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945-80*, Opladen 1983, S. 289 ff.

Forsa-Umfrage sprachen sich 56 Prozent der Bevölkerung gegen den Euro aus, über 70 Prozent zweifelten an der Stabilität der neuen Währung.³ Obwohl nur eine Minderheit Waigels Ausspruch Glauben schenkt, demzufolge alles - Renten, Guthaben, Grundstücke - in seinem Wert erhalten bleibe („Niemand braucht Angst zu haben“),⁴ stießen Parteineugründungen mit dem alleinigen Zweck, gegen den Integrationsprozeß Stellung zu beziehen - etwa der „Bund freier Bürger“ Guido Brunnens bei der vergangenen Wahl zum Europäischen Parlament -, in der Bevölkerung nicht auf Akzeptanz. Kritik an der Integration aus der nationalistischen Ecke findet - glücklicherweise - keine Resonanz, geschweige denn, daß sie mehrheitsfähig werden könnte. Anders könnte das mit einer Kritik von links sein, die - wenn auch in gutgemeinter Absicht - dafür kämpft, soziale Errungenschaften nicht leichtfertig auf dem Altar eines im Dienste neoliberaler Ideologen stehenden, untransparenten bürokratischen Molochs zu opfern.

Wenn aber subtiles Unbehagen an außenpolitischen Entwicklungen, die der Bevölkerung komplexer und weniger transparent erscheinen als innenpolitische Diskussionen, von etablierten Parteien aufgegriffen würde, kann durchaus eine für den Integrationsprozeß gefährliche Stimmung entstehen. Das trifft, besonders dann zu, wenn Argumentationsstrukturen gegen die Einigung aufgenommen, verbreitet und damit legitimiert werden. Im Klartext: Wenn Gerhard Schröder die Währungsunion mit dem Hinweis auf wirtschaftliche Einbußen des „kleinen Mannes“ ablehnt, nimmt er genau die Argumentation der PDS auf und verstärkt sie mit der Amtsautorität eines gewählten Ministerpräsidenten, der sich vor allem seiner wirtschaftlichen Kompetenz rühmt.

Europapolitische Konzeptionslosigkeit der Linken

Die Linke insgesamt steht dem Maastricht-Prozeß konzeptionslos, wenn auch nicht ablehnend gegenüber. Genau das macht ihre Lage diffizil, denn Konservative und Liberale haben — den Internationalisierungstendenzen der Ökonomie sich fügend - von der Linken das Internationalismus-Projekt übernommen und die Linke so neutralisiert. Die Linke, besonders die deutsche, war stets ein grundsätzlicher Befürworter der Integration der europäischen Nationalstaaten, weil sie die Integration aus einer - historisch entstandenen - kritischen Wahrnehmung des Nationalstaates immer begrüßt hat. Sie, die die Gesellschaft nie als eine zusammenhanglose Ansammlung unter einer natürlichen, etwa nationalen Autorität verstanden hat, hält eine Gemeinschaft der Gleichen in einem gemeinsamen europäischen Haus grundsätzlich für wünschenswert. Dennoch hat sich seit Maastricht die Kritik am Integrationsprozeß verdichtet. Argumentiert wird einerseits mit Bedenken wegen erwarteter Veränderungen am nationalen Sozialstaat, dann mit der mangelnden Implementierung aller Vertragsteile (Demokratiedefizit wegen fehlender politischer Union), und schließlich werden die Bedenken, die bis heute gegenüber dem Nationalstaat gehegt werden, auf Europa übertragen.

Anläßlich der Implementierung des Maastricht-Vertrages und vor dem Hintergrund der Globalisierungsdebatte sieht sich die nationale Wirtschaftspolitik einem eingeschränkten Handlungsrahmen ausgesetzt, der es scheinbar immer weniger erlaubt, Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaft und

³ Die Woche, 10.1.1997.

⁴ Zitiert nach: Die Woche, 5.1.1996, S. 13.

Zusammenhalt der Gesellschaft gleichzeitig zu erhalten. Konservative und besonders Liberale haben ihre Antwort auf diese Fragen gefunden: Deregulierung, Entstaatlichung und Sozialabbau. Auf die Behauptung, dieses sei ohne Alternative, wurde eine überzeugende Antwort noch nicht gegeben. Der junge Kommunitarismus Amitai Etzionis erscheint gegenwärtig eher als geistige Utopie denn als politikfähiges Alternativprogramm.

Obwohl die Währungsunion so konstruiert ist, daß Stabilität auf Kosten der Beschäftigung und der sozialen Sicherungssysteme, also zu Lasten der linken Wählerklientel, gewährleistet werden soll, wird die Skepsis gegenüber dem Integrationsprozeß unterdrückt, um sich nicht dem Verdacht des unmöglichen Patriotismus auszusetzen. Gefördert wurde diese Haltung von der historischen Symbiose der Gewerkschaftsbewegungen mit ihrem jeweiligen Nationalstaat und einem immer noch dominierenden Desinteresse, den nationalen Denkrahmen zu verlassen.⁵ Trotzdem ist die Perzeption der Währungsunion grundsätzlich negativ. Aus diesem Grund wirken die linken Befürworter der Währungsunion eher wie wenig überzeugte Apologeten, im Gegensatz zu offensiven Streitern wie den Liberalen.

Eine europäische linke Antwort auf die europaweite soziale Frage gibt es nicht, die Linke hat keinen europäischen Akteur. Nicht einmal der französische Sozialist und ehemalige Kommissionspräsident Jacques Delors stieß bei der Linken mit seinem keynesianischen Vorschlag für ein beschäftigungswirksames Investitionsprogramm auf nennenswerte Resonanz.

Arbeitgeber- und Industrieverbände, die bei Kommission und Ministerrat erfolgreiche Lobbies unterhalten, verweigern sich einer internationalen Sozialordnung, ohne daß der Europäische Gewerkschaftsbund, dessen Brüsseler Vertretung nur eine Handvoll Mitarbeiter beschäftigt, außerhalb des Wirtschafts- und Sozialrates präsent, geschweige denn aktionsfähig wäre.

Sozialunion: Schlagwort ohne Durchsetzungskraft

Auf der nationalen Ebene kann sich die Linke an einem wichtigen Punkt einer kritischen Wahrnehmung des gegenwärtigen Projekts Europa nicht verschließen: nämlich dort, wo einmal von ihr erkämpfte nationale soziale Besitzstände bedroht werden. In Anlehnung an de Gaulle wäre ein „Europa der sozialen Vaterländer“ mit lockeren Bindungen an eine supranationale Einheit die Idealvorstellung.

Aus der Wissenschaft hat sich kein anderer als der einstige Abteilungsleiter unter Wirtschaftsminister Karl Schiller und frühere Präsident der hessischen Landeszentralbank Wilhelm Hankel so stark in die politische Diskussion eingeschaltet und die Sorgen der Linken so deutlich artikuliert: Durch die Einführung des Euro drohe der deutschen Lohnpyramide der Einsturz und dem deutschen Sozialsystem der Abbruch. Deutschland drohe zum „Mekka aller

5 Wolfgang Streeck, Die Ent-Zivihisierung des Kapitalismus. Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, in: Internationale Politik und Gesellschaft 4/96, S. 366.

Billigarbeitskräfte, aus Westeuropa sowieso und aus Osteuropa illegal" zu werden. „Der deutsche Arbeitsmarkt, das deutsche Sozialsystem - bis auf die Knochen national — können bei ihrer totalen Europäisierung nur verlieren. (...) Vielleicht haben Bundesregierung und Arbeitgeber das gewollt.“⁶ Er äußert sein Unverständnis für die Zustimmung der Linken: „Gewerkschaften, SPD und linke Sozialausschüsse der CDU hingegen sagen begeistert ja. Dabei müßten gerade sie großes Interesse an den Folgen für den deutschen Arbeitsmarkt haben.“ (...) Daß aber die Gewerkschaften das soziale Dynamit, das in der EWU steckt, übersehen haben sollten, ist unglücklich.⁷

Wirtschaftspolitik, was parallel zur Währungsunion eine Transferunion mit Budgethoheit und Sozialtransfer erfordere, werde es nach Maastricht nicht geben.⁸ Die politische Union, die gleichgewichtet in Maastricht angestrebt worden war (und was zeitweilig mit einem Junktim aneinandergekettet wurde⁹), mache jedoch keine Fortschritte, was die Linke verkenne: „Die Linke träumt vom nahtlosen Übergang von nationalem Sozialismus und Ökologismus auf und in das neue Europa. Nur: Europa muß erst noch für solche Ideen gewonnen und zu Fichtes geschlossenem Handelsstaat' umgewandelt werden (..).“¹⁰

Bei den Gewerkschaften haben sich die DAG, die IG Bauen-Agrar-Umwelt und die HBV am weitesten vom scheinbaren nationalen Maastrichtkonsens entfernt, andere sind zögerlich und unentschlossen - Skepsis jedoch überwiegt. Für Klaus Zwickel, den Vorsitzenden der IG Metall, birgt Europa einerseits die Gefahr, Sozialstandards auszuhöhlen, andererseits bestehe angesichts der Internationalisierung ebenso die Chance, durch die Ausdehnung und Vereinheitlichung national unterschiedlicher Modelle ein „europäisches Sozialmodell“ zu entwickeln.¹¹ Das aber liefe auf ein „soziales Kern-europa“ hinaus, was dem (Sozial-)Unionsgedanken widerspräche. Die reicheren Mitgliedstaaten sollten sich auf gemeinsame anspruchsvolle soziale Mindeststandards, die ärmeren auf weniger anspruchsvolle verständigen. Die reicheren Länder sollten so gegen Sozialdumping und Deregulierungswettbewerb der ärmeren abgeschirmt werden.¹²

Wo ansonsten nicht gerade Hilflosigkeit dokumentiert wird („Wenn also die Chefs der multinationalen Konzerne und Banken wie Barclays Bank, IBM Europa, Imperial Chemical Industries, Mercedes Benz, Olivetti und so weiter offene Ohren bei den Kommissionspräsidenten Delors und Santer

6 Wilhelm Hankel, Aus blinder Liebe zu Europa, in: Die Woche, 29.9.1995.

7 Ebd.

8 Diese Zwangsläufigkeit der Transferzahlungen von reichen in ärmere Gebiete als Folge eines einheitlichen Währungsgebietes wird von Otmar Issing, Chefvolkswirt der Bundesbank, bestätigt (Otmar Issing, Geld schafft keine Staatlichkeit, FAZ, 17.7.1996).

9 Jacques Delors, Ohne politische Union keine Währungsunion, Interview in: Frankfurter Rundschau, 13.10.1995.

10 Wilhelm Hankel, Mit der Währungsunion verabschiedet sich die Wirtschaftspolitik, in: Handelsblatt, 10.12.1996.

11 Klaus Zwickel, Das politische Projekt Europa muß fortgesetzt werden in: FAZ, 9. 2.1995.

12 Wolfgang Kowalsky, Für ein soziales Kemeuropa, in: Handelsblatt, 11.4.1996.

gefunden haben, so gilt dies leider nicht für die andere Seite".¹³), ist die gemeinsame Antwort von Gewerkschaften, SPD, Grüne und PDS auf die Währungsunion die Forderung nach der Sozialunion. Ob die Sozialunion aber meint, nationale Standards als Mindeststandards im EG-Vertrag festzuschreiben¹⁴ oder gemeinsame europäische Standards zu schaffen oder europäische Standards national zu ergänzen oder nationale Standards europäisch zu ergänzen, ob man einen europäischen Wohlfahrtsstaat mit souveränen Befugnissen zum Leistungstransfer meint oder von der Union bloß eine regelmäßige Sozialberichterstattung einfordern will, ist zwei Jahre vor dem Beginn der Währungsunion offenbar keine aktuelle Frage der Linken, die öffentlich thematisiert zu werden sich lohnte.

An einem „Nein“ zur Währungsunion hatte sich die SPD im baden-württembergischen Landtagswahlkampf die Finger verbrannt, für die Wähler war die Abkehr der SPD von der Integration unglaubwürdig. Zwar wurde der Druck eines Plakates „1999 kein Euro“ vom Ollenhauer-Haus gestoppt, aber die Versuchung, mit der Euro-Frage die Integrationspolitik in den Wahlkampf zu ziehen, ist groß. Und welches Thema böte einem SPD-Kanzlerkandidaten Schröder größeres Polarisierungs- und Mobilisierungspotential als ein Aufruf „Rettet die D-Mark“? Doch nach seiner Auseinandersetzung mit dem damaligen Parteivorsitzenden Scharping muß Schröder seine Loyalität zur Parteilinie stärker unter Beweis stellen, will er sich nicht zu den beiden nörgelnden Opas auf den Balkon der Muppets-Show gesellen.

Bündnis 90/Die Grünen kritisieren, daß bei der Währungsunion die sozialen und ökologischen Folgen ignoriert würden, was den Euro zu einem integrationspolitischen Sprengsatz machen könnte. Europa würde nicht auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise verpflichtet, Erwerbslosigkeit nicht bekämpft, soziale und regionale Spaltung kaum beseitigt.¹⁵

PDS: Rückgriff auf die alte Verschwörungstheorie

Unsicherheiten und Sorgen der Bevölkerung vor dem Neuen und Unbekannten werden von der PDS aufgenommen und genährt mit dem Beschwören von Dämonen, im Verborgenen agierenden Mächtigen, die Europa dominierten. Europa ist für sie nicht mehr als eine kapitalistische Verschwörung; in einer Dichotomisierung wird den transnationalen Konzernen, dem Finanzkapital, den Notenbankpräsidenten und Finanzministern die verarmende Bevölkerung gegenübergestellt.¹⁶ Ganz im Sinne Duvergers wird die besonders skeptische Haltung in den ostdeutschen Bundesländern widergespiegelt.¹⁷ Die PDS unterstreicht, daß das Europa Maastrichts das Europa der Bürokraten, Manager und Banker ist - nicht das der Menschen: „Ein Europa, in dem sich lediglich die Hoffnungen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten erfüllen, wird schwerlich jenes Engagement der Bürger finden, von dem es (...) heißt, daß es unverzichtbar ist. Ein Integrationsprozeß, bei dem der soziale Besitzstand und die

¹³ Zwickel, Projekt Europa

¹⁴ Lothar Bisky, PDS International, Informationszeitschrift der AG Frieden und internationale Politik der PDS 2/96, S. 2, „Für eine europäische Sozialunion“, Thesenpapier der AG Europäische Union der PDS, in: PDS International 4/96, S. 91.

¹⁵ Christian Sterzing, Das europäische Haus gründlich renovieren, in: Grün & Bündig, Mai 1997, S. 3.

¹⁶ PDS International, Oktober 1995, S. 21.

¹⁷ „Wenn die Mark geht“, in: DIE ZEIT, 7. 3.1997, S. 31.

öffentliche Infrastruktur unter den Hammer kommen, findet weder Engagement noch Akzeptanz; er schürt nationalistische Ängste und gefährdet den sozialen Frieden."¹⁸ Der PDS-Vorsitzende Lothar Bisky erklärte, die Währungsunion werde im Interesse der großen Unternehmen und Banken auf Kosten der „kleinen Leute“ von oben zusammengenagelt.¹⁹ „Gewinnen werden die Leistungsfähigsten, das Finanzkapital, die Sparer, verlieren werden die sozial Schwachen. (...) Ein massiver Sozialabbau ist zu erwarten.“²⁰ Der Fortgang der Integration lasse Gewinner gewinnen und Verlierer verlieren. Nur sozialer Zusammenhalt und Solidarität könne der Tendenz entgegenwirken, „daß die EU immer mehr zu einem ökonomisch-politischen Zweckbündnis der Machteliten verkommt, in dem die sozialen Interessen breiter Schichten der Bevölkerung mißachtet werden.“²¹ Und so lautet die politische Handlungsanweisung: „Die PDS wird gegen das Währungskonzept von Maastricht weiter Widerstand leisten.“²²

„Die Wirtschaft“, die eigentliche Betreiberin der Integration, beabsichtige auf diese Weise in Deutschland erreichte Sozialstandards auszuhöhlen. Die Politik unternehme nur den Versuch, den Integrationswünschen der Wirtschaft Folge zu leisten. Dabei sei die Bundesregierung, getrieben vom neu erwachten nationalen Größenwahn, die entscheidende Triebfeder dieser Interessen. Gegnerschaft zur Bundesregierung und zur Integration werden hier vermisch, wer die Bundesregierung bekämpfen wolle, müsse die Integration ablehnen. Man schlägt den Sack (Europa) und meint den Esel (die Regierung).

Konturen eines linken Europakonzepts

Renovierungsbedarf am Europäischen Haus wird nicht nur hinsichtlich der sozialen Frage gesehen. Bei aller berechtigten Kritik hinsichtlich der mangelnden demokratischen Organisation der EU läßt das Beklagen der Dominanz der Wirtschaft die pluralistische Verfassung Europas verschwinden. Die Bundesregierung fahre als Exekutive nach Brüssel, agiere dort als Legislative und kehre voller Unschuld nach Bonn zurück.²³ Der europapolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, Christian Sterzing, sieht „Risse im demokratischen Fundament“, und eine Stärkung demokratischer Institutionen würde auch nicht angestrebt, im Gegenteil nähmen die Entdemokratisierungstendenzen zu.²⁴ Unkontrollierter Einfluß mächtiger Wirtschafts- und Landwirtschaftslobbies führten zu unökologischen, unsozialen und unsinnigen Politiken.²⁵

Schließlich wird Integrationskritik genährt von dem Verdacht, der deutsche Nationalismus habe mit Europa ein neues Instrument für seine Machtpolitik gefunden. Die Bundesrepublik - und nicht etwa Frankreich, das seine politischen Interessen nicht nur unter de Gaulle viel deutlicher als die Bundesrepublik vertreten hat - wolle Europa dominieren, heißt es mit Blick auf die national-kritische Linke. Die Währungsunion solle entsprechend den Erfordernissen der ökonomisch stärksten Länder, ohne Rücksicht auf die

18 Manfred Müller, PDS; in: Verhandlungen des Deutschen Bundestages, Stenographische Berichte 13. Wahlperiode, 7.12.1995, S. 6729.

19 Lothar Bisky, in: PDS International, 2/96, S. 2, Informationszeitschrift der AG Friedens- und internationale Politik der PDS.

20 PDS-International, Oktober 1995.

21 Für eine Europäische Sozialunion, in: PDS International 4/96, S. 91.

22 PDS-International, Oktober 1995, S. 23.

23 Europawahlprogramm Bündnis 90/Grüne, a. a. O., S. 13.

24 Sterzing, Das europäische Haus, S. 3.

25 Europawahlprogramm Bündnis 90/Grüne, a. a. O., S. 13.

ökonomisch Schwächeren erfolgen.²⁶ Auch wenn die Konvergenzkriterien ökonomisch und politisch diskutiert werden können,²⁷ sieht die PDS darin und hinter der Synchronisierung der Wirtschaftspolitik das Ziel „der Bundesrepublik“, Sozialabbau, Reprivatisierung und die Verschlinkung des Staates zu betreiben. Diesem Ziel schlossen sich „konservative Kreise der anderen europäischen Staaten“ nur noch an.²⁸

So wird die Linke von der Bevölkerung beim Thema „Europa“ nicht als Gestalter wahrgenommen, ihren Vorstellungen fehlt es an einem operationalen Konzept, Ziele zu setzen und Instrumente für die Verwirklichung dieser Ziele bereitzustellen, und es fehlt die Demonstration eines klar herauschälbaren Willens. Nicht einmal Visionäres gibt es. Zweihundert Jahre, in denen die Linke als Avantgarde die Vorstellungen über die Gesellschaft der Zukunft entwickelt hat, scheinen perdu.²⁹ Gegenüber den Interesselagen und Motivationen anderer wirkt die Linke resignativ und wenig selbstbewußt.

Zu stark sind die geäußerten Meinungen zwischen der Linken und der konservativ-liberalen Regierung eingeebnet, bzw. werden die unterschiedlichen Ansichten nicht thematisiert. Zu sehr verläßt sich die Linke auf den nun paternalistisch auftretenden Kanzler. „Chancellor of Europe“ titelte die „Time“ bereits, Kohls Selbstwahrnehmung antizipierend. „Onkel Kohl wird's schon richten“, scheint sich die Linke zu trösten, denn auch Tony Blairs Vorstellungen von einem sozialen Europa scheinen sich in der Unterschrift unter das Sozialprotokoll zunächst erschöpft zu haben. Dabei ist kein außenpolitisches Thema vorstellbar, das die Lebensverhältnisse der Bevölkerung so unmittelbar tangiert. Und nirgendwo anders als bei der inneren Ausgestaltung der Europäischen Union gibt es einen derartigen Reformstau. Eine von der Bevölkerung (ähnlich wie der Fortbestand des Grundgesetzes nach dem Beitritt der ostdeutschen Bundesländer) zu diskutierende europäische Verfassung, die Vergemeinschaftung der noch intergouvernemental vollzogenen außen- und militärpolitischen Zusammenarbeit mit einem Gesicht (Monsieur X), institutionelle Veränderungen zwischen den Organen der Union (Parlament, Kommission, Ministerrat), Ökosteuerhoheit der Union und - last but not least - die soziale Union sind hier bloß Stichworte.

Ein kritischer, aber solidarischer Zugang zum Thema Europa liegt frei, womit die Gefahr, daß die euro-nihilistische PDS diese politische Marktlücke besetzt, wächst. Politische Strategieüberlegungen für den Fall linker Mehrheiten in den östlichen Landesparlamenten³⁰ lassen die Gefahr für den Integrationsprozeß wachsen. Man kann darüber streiten, ob es klug ist, wenn Gerhard Schröder am Tag X eine Zusammenarbeit mit der PDS auf Bundesebene anstreben würde, für die Außenpolitik der Bundesrepublik führt der von der PDS vorgegebene Weg schnurstracks ins Abseits eines „deutschen Sonderweges“.

26 PDS-International, Oktober 1995, S. 21.

27 Vgl. Helmut Schmidt, Die Bundesbank - kein Staat im Staate, in: Die Zeit, 8.11.1996, und Pierre Bourdieu, Warnung vor dem Modell Tietmeyer, in: Die Zeit, 1.11.1996.

28 Ebd.

29 Vgl. Anthony Giddens, Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt 1997, S. 84.

30 Vgl. das sog. Thierse-Papier des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, in: Frankfurter Rundschau, 19.12.1996.

Zu den neuen außenpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik, die gleichfalls von der Linken diskutiert werden, gehört auch die im Rahmen einer europäischen gemeinsamen Sicherheitspolitik sich vollziehende Beteiligung an Einsätzen in Krisen, die sich an der Schnittstelle zwischen Bürgerkrieg und internationalem Konflikt vollziehen. Daß „Hoch die internationale Solidarität“ heute bedeutet, Soldaten zum Schutz der Bevölkerung vor vagabundierenden Mördern zu stationieren, wird von vielen Akteuren nicht akzeptiert, sondern als „Militarisierung der Außenpolitik“ bezeichnet. Es wird kein Unterschied gemacht zwischen dem Einsatz bewaffneter Kräfte zur Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen - wie rudimentär und hilflos diese Versuche im einzelnen auch erscheinen - und dem Einsatz bewaffneter Gewalt zur Unterdrückung von Menschenrechten.

Die politische Linke, an deren Wiege die Aufforderung hing „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch“ und die mit Liedern wie „Die Internationale erkämpft das Menschenrecht“ gesäugt wurde, wird immer eine positive Grundhaltung zu internationalen Fragen entwickeln. Sei es kurzfristige Taktik oder längerfristige Strategie, die Zustimmung zur Europäischen Union zu verweigern, wird - anders als bei Konservativen, in deren Perzeptionszentrum zunächst Nation und Staat als solche stehen - immer innere Spannung erzeugen und legitimationsbedürftig sein.

Die Legitimation, den Integrationsprozeß in Frage zu stellen, liefern dabei nicht nur Kritiker der Währungsunion in anderen Parteien, sondern ausgerechnet Ökonomen: Wilhelm Hankel, Renate Ohr und - allen halbherzigen Dementis zum Trotz und aufgrund anderer Motive - Hans Tietmeyer und die Deutsche Bundesbank. Ausgerechnet Otmar Issing, Chefvolkswirt der Bundesbank, weist auf die Bedeutung des Zusammenhangs von Währungs- und politischer Union hin: „Ein Europa, das den Schritt in die Währungsunion wagt, kann sich nicht vor der Entscheidung über die Gestalt der politischen Union drücken. Über dem eher willkürlichen Nachgeben gegenüber Ansprüchen von allen Seiten ist nach allen Erfahrungen eine Konstellation zu erwarten, in der gutes Geld wenig Aussichten hat (..).“³¹

³¹ Issing, Staatlichkeit.

